

Dieselöl Benzin

**HEIZ OEL HAURI**

Th. Hauri Brennstoffe AG  
Wehntalerstrasse 366 8046 Zürich  
Telefon 044 371 27 75 / 371 28 88

# Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND  
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

<p><b>Eidgenössische Politik</b> Aussenpolitik prägt zweite Sessionswoche von Nina Fehr Düsel Seite 2</p>	<p><b>Kanton Zürich</b> Gewalt gegen Beamte nimmt zu von Jacqueline Hofer Seite 3</p>	<p><b>Aktuell</b> «Rentenklausur» auf dem Rücken des Mittelstandes? von Bernhard im Oberdorf Seite 5</p>	<p><b>Parlamentsgemeinden</b> Sozialistischer Städtebau in Zürich von Jean-Marc Jung Seite 6</p>	<p><b>Linke Sprache</b> «Lehrpersonen» von Reinhard Wegelin Seite 8</p>
---	---	--	--	---

ZU DEN ABSTIMMUNGEN VOM 3. MÄRZ 2024

## Grosserfolg für die SVP des Kantons Zürich

Der vergangene Abstimmungssonntag hat einmal mehr gezeigt, dass die SVP für einen sicheren, zukunftsgerichteten Wirtschaftskanton Zürich unerlässlich ist. Mit der Annahme des Gegenvorschlags zur Anti-Chaoten-Initiative, der Pistenverlängerung des Flughafens Zürich und der erfolgreichen Abwendung eines durchgehenden Seeuferwegs am Zürichsee konnten gewichtige Erfolge für die Zürcher Bevölkerung eingefahren werden. Gleichzeitig lassen die nationalen Abstimmungen aber Sorge aufkommen: Die Annahme der 13. AHV-Rente setzt die sichere Finanzierung unserer Altersvorsorge unter grossen Druck. Nun gilt es, die Entwicklungshilfe ans Ausland zu kürzen und so das Geld für die Vorlage aufzutreiben. Die SVP wird weiter für den Schweizer Mittelstand kämpfen.



Mehr Stabilität und Sicherheit: Die Pistenverlängerung bringt grosse Vorteile.

Bild: Marco Verch (ccnull.de)

Die Junge SVP des Kantons Zürich hat mit der klaren Annahme des Gegenvorschlags zur Anti-Chaoten-Initiative einen beachtlichen Erfolg eingefahren. Die Zürcher Stimmbevölkerung spricht sich klar dafür aus, dass randalierende Chaoten an unbewilligten Demonstrationen für die von ihnen verursachten Kosten selbst aufkommen müssen. Dies ist nichts anderes als fair und völlig nachvollziehbar. Es kann nicht sein, dass insbesondere in der Stadt Zürich, in der fast täglich irgendeine Demonstration stattfindet, die lokalen Unter-

nehmer und Anwohner darunter leiden müssen, dass irgendwelche unterbeschäftigten Teilzeit-Studenten alle paar Wochen die Stadt kurz und klein schlagen. Die SVP ist stolz auf ihre Jungpartei, gemeinsam konnte die Sicherheit und die hohe Lebensqualität im Kanton und der Stadt Zürich weiter ausgebaut werden.

### Die Bevölkerung steht zum Flughafen Zürich

Das erneute Bekenntnis der Zürcher Stimmbevölkerung zum Flughafen Zü-

rich ist ein wichtiges und richtiges Zeichen für den Wirtschaftsstandort Zürich. Der SVP ist es gelungen, der Bevölkerung in einer nüchternen Abwägung die Vorteile einer Pistenverlängerung am Flughafen Zürich aufzuzeigen. Eine erhöhte Sicherheit und mehr Nachruhe tragen zur Lebensqualität aller Anwohner, aber auch des gesamten Kantons bei.

Die SVP wird sich auch in Zukunft für den Flughafen Zürich und damit gleichbedeutend für den Wirtschaftsstandort Zürich einsetzen.

### Radikale Seeuferweginitiative abgewehrt – vorerst

Und auch die dritte kantonale Vorlage, die sogenannten Seeuferweginitiative, verlief ganz im Sinne der SVP. Es gelang, die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass Enteignungen und ein radikaler Eingriff in die noch verbliebene unberührte Natur am Zürichseeufer kein legitimer Grund sein können, um der Spazierlust einzelner Personen Rechnung zu tragen. Der Zürichsee ist heute schon mehrheitlich an den Ufern erschlossen und bietet damit für alle Menschen genügend Platz, um am See zu verweilen. Zumal die Kosten für einen durchgehenden Seeuferweg den Nutzen desselben bei Weitem überschritten hätten.

Doch auch hier darf sich niemand in falscher Sicherheit wiegen: Der nächste linke Angriff auf unsere Eigentumsrechte und unsere Staatskasse wird nicht lange auf sich warten lassen.

Die SVP ist bereit, diesen Kampf auch in Zukunft auszutragen und sich für den Schutz des Eigentums einzusetzen.

### AHV-Finanzierung nicht mehr sichergestellt

Die nationalen Abstimmungen erwiesen sich leider als Dämpfer am sonst so erfolgreichen Abstimmungssonntag. Die Annahme der 13. AHV-Rente zeigt, dass viele Menschen in der Schweiz genug davon haben, dass wir Schweizer in allen Belangen immer an die zweite Stelle gerückt werden.

Es liegt nun am Bundesparlament, herauszufinden, wo die nötigen fünf Milliarden Franken für diese zusätzliche Rente zu beschaffen sind. Für die SVP ist klar, dass eine Belastung des Mittelstands und des Gewerbes durch höhere Steuern und Abgaben unbedingt

vermieden werden muss. Viel eher ist zu prüfen, ob und in welchem Ausmass die unsinnigen Zahlungen ins Ausland gestoppt und für die eigene Bevölkerung eingesetzt werden können. Für die Zukunft unserer AHV ist es unerlässlich, dass hier sauber und dem sozialen Frieden entsprechend gearbeitet wird.

Die gleichzeitige deutliche Ablehnung der Renteninitiative des Jungfreisinns zeigt, dass für die Reform der AHV in Zukunft viel Fingerspitzengefühl gefragt sein wird.

Es wird wichtig werden, der Bevölkerung wieder klar aufzuzeigen, dass es einen Mehreinsatz aller braucht, um unser Land weiterhin erfolgreich auf Kurs zu halten.

### Terroranschlag überschattet Wahlen

Schockiert hat am vergangenen Wochenende aber auch die Meldung, dass im Zürcher Kreis 2 ein minderjähriger Tunesier mit Schweizer Staatsbürgerschaft einen islamistischen Terroranschlag auf einen jüdischen Mitbürger verübt hat. Die SVP warnt seit Jahren vor dem importierten muslimischen Antisemitismus, der sich in unserem Land breit macht.

Eine solche Tat wäre mit einer konsequenten Asylpolitik zu verhindern gewesen. Auch hier gilt einmal mehr: Für eine sichere Zukunft in Freiheit SVP wählen!



**Domenik Ledergerber**  
Kantonsrat  
Präsident SVP Kanton Zürich  
Herrliberg

# JA

## ZUR SCHWEIZER NEUTRALITÄT



### DIE NEUTRALITÄTSINITIATIVE

- Freiheit und Selbstbestimmung sichern
- Sicherheit, Frieden und Wohlstand bewahren
- Gute bilaterale Beziehungen zu allen Staaten pflegen

 [neutralitaet-ja.ch](http://neutralitaet-ja.ch)



Christoph Mörgeli

## Rotes Kreuz in Bedrängnis

Die «NZZ am Sonntag» weint ki- loschwere Tränen über das Rote Kreuz: «Die Konfliktparteien in Gaza und der Ukraine respektieren die Neutralität der humanitären Hilfe nicht mehr.» Russland versuche, in den besetzten Gebieten das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) hinauszubefördern und ein eigenes «Rotkreuz» einzusetzen. Auch im Gazastreifen werde die «Neutralität und Unantastbarkeit von humanitärer Unterstützung in Krisengebieten» nicht mehr anerkannt.

Müssen wir uns darüber wundern? Die Glaubwürdigkeit der IKRK fusste auf der Glaubwürdigkeit der neutralen Schweiz. Der frühere IKRK-Präsident Peter Maurer sagte es so: «Unser Auftrag ist es, in Kriegen einen humanitären Schutzraum zu gewährleisten. Das können wir nur tun, wenn wir neutral sind und von allen Kriegsparteien anerkannt werden.»

Jetzt aber hat die Schweiz ihre Neutralität – das Erfolgsmodell des Roten Kreuzes – liquidiert. Hilft da das Jammern und Lamentieren der «NZZ am Sonntag»? Mitnichten. Wir sind selber schuld. Unsere Politik wollte es so. Am 28. Februar 2022 hat der Bundesrat mit einem Federstrich die bisherige Neutralitätspolitik der Schweiz entsorgt. Erstmals hat er die EU-Wirtschaftssanktionen sklavisch und wortgetreu übernommen. Unser Land wurde zu Beginn des Ukrainekriegs zur Kriegspartei. Dieser Bruch mit der bisherigen Neutralitätspolitik musste den Rotkreuz-Gedanken beschädigen. Im Bemühen, zu den «Guten» zu gehören, haben wir die Möglichkeit verwirrt, Gutes zu tun. Denn Kriege werden nur durch konkrete Versöhnungs- und Vermittlungsarbeit beendet. Doch für solche Dienste hat sich die Schweiz selber aus dem Spiel genommen. Ohne die ohrenbetäubende Zustimmung der Medien wäre das niemals geschehen. Am lautesten gegen die Schweizer Neutralität hat die «NZZ am Sonntag» getrommelt: «Jetzt ist Schluss mit Neutralität, jetzt verstehen die ewigen EU-Kritiker, dass dieser Staatenverbund auch deshalb existiert, um für Europa Frieden und Freiheit zu erhalten.» Das Krokodil kann nicht nur Krokodilstränen weinen. Es kann auch ganz schön das Maul aufreissen.

## Viel Aussenpolitik in der zweiten Sessionswoche

Ein exzessiver Lärmschutz verhindert viele Bauten. Er muss deshalb angepasst werden. Ausserdem: Eine Motion zur Stilllegung von Schweizer Geldern für Terrorgruppen ist erfolgreich und die SVP fordert eine Begrenzung der Ausgaben für Entwicklungshilfe.

Nina Fehr Düsel  
Nationalrätin SVP  
Küsnacht

Zu Beginn der zweiten Sessionswoche war die Fragestunde für die Bundesräte an der Reihe. Auch ich stellte drei Fragen: Zuerst zur auffälligen Häufung der Lungenentzündungen während der Corona-Jahre und zum Thema Nachrichtendienst. Ich wollte wissen, ob Massnahmen getroffen werden, um der schlechten Stimmung beim Nachrichtendienst entgegenzuwirken, damit kein Sicherheitsrisiko entsteht. Meine letzte Frage betraf die schlecht integrierten Asylbewerber aus Nordafrika und ob die Praxis betreffend Asylgründe hier nicht verschärft werden sollte. Immerhin werden verschiedene Massnahmen geprüft, wie derzeit auch durch Bundesrat Beat Jans die 24-Stunden-Praxis.

### Lärmschutz verhindert Bauten

Danach kam die Änderung des Umweltschutzgesetzes zum Zug. Hier ging es um den Lärmschutz. Ein Thema, welches auch stark die Kantone betrifft. Leider hemmt der übertriebene Lärmschutz die Bautätigkeit. Viele Wohnungen können deshalb nicht gebaut wer-

den. Lärmschutz wird auch oft vorge-schoben, um Temporeduktionen auf Tempo 30 auch ausserhalb der Quartiere vorzunehmen. Die Lüftungspraxis soll gemäss Beat Flach (GLP) angepasst werden, sodass wenige, von der Strasse abgewandte Fenster ausreichen, um zu lüften und nicht alle Fenster die Grenzwerte erfüllen müssen. Dies ist absolut unterstützungswürdig. Es ist Zeit, dass diese Vorschriften gelockert werden, zumal es immer leisere Autos gibt und die Bautätigkeit in Zeiten des Wohnungsmangels nicht gebremst werden darf. Die Abstimmung hierzu erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

### Auslandunterstützung oder Politik für die Schweiz?

Am Dienstag stand das Thema Auslandunterstützung auf dem Programm. Als erstes die Motion «Finanzielle Unterstützung in Palästina, Einsetzung einer Taskforce». Dabei wurde die Forderung gestellt, dass das Geld nicht zur Finanzierung des Terrorismus missbraucht und dies genau überprüft wird. Die Motion war erfolgreich. Ausserdem ging es um die Schaffung eines Fonds für den Wiederaufbau der Ukraine. Es wäre sinnvoll, solche Gelder einzusparen und für die 13. AHV-Rente zu verwenden, was aber leider oft nicht gemacht wird. Zur Schaffung eines Fonds für die Ukraine wurden seitens SVP viele Fragen gestellt, woher das

Geld kommen solle. Das Ganze wurde immerhin zusammen mit der FDP und der Mehrheit der Mitte abgelehnt.

### Entwicklungshilfe beschränken

Schliesslich folgten viele verschiedene Motionen. Eine Motion behandelte das Thema Entwicklungshilfe und forderte, dass die Entwicklungshilfe auf 2 Milliarden CHF jährlich begrenzt werden soll, wozu Mike Egger (SVP) sprach. Fabian Molina der SP forderte in einer Motion, dass die Schweiz auf Erdogans

illegale Kriege reagieren müsse. Es ist auffällig, wie Molina sich mehr um das Ausland als um die Schweiz kümmert. Genauso wie auch Sibel Arslan (SP), welche sich primär für Personen in Krisengebieten und für ihre Landsleute einsetzt. Zum Glück sind ihre Vorstösse meistens chancenlos. In der Fraktions-sitzung wurde das EU-Verhandlungsmandat respektive das Rahmenabkommen 2.0 thematisiert, vor allem die kritischen Aspekte Strom und Landverkehr, landwirtschaftliche Kritikpunkte und Nachteile für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Wir müssen hier unbedingt stark und im Sinne der Schweiz verhandeln.



Die Entwicklungshilfe landet oft bei korrupten Regimes und nicht bei jenen, die sie brauchen.  
Bild: Wikipedia

## GROSSER ERFOLG DER SVP IM KANTON ST. GALLEN

### Grüne verlieren Fraktionsstärke

Die SVP hat vergangenes Wochenende bei den Kantonsratswahlen in St. Gallen sehr erfolgreich abgeschlossen. Sie gewann 7 Sitze hinzu und hat jetzt 42 von 120 Sitzen. Auch in anderen Kantonen ist die SVP gut im Strumpf. Dies zeigt: Die Zustimmung zur 13. AHV ist kein linker Triumph.

RW. Zu den grossen Verlierern zählen die Grünen, die drei Sitze einbüßen und jetzt sechs Sitze innehaben. Damit können sie keine eigene Fraktion mehr bilden, weil dafür sieben Sitze nötig wären. Auch die FDP verliert drei Sitze und besetzt neu 19. Die SP büsst einen Sitz ein und schrumpft von 19 auf 18 Sitze.

### Glaubwürdig und fokussiert

Die SVP hat in St. Gallen einen geschlossenen Wahlkampf mit vielen Listenplakaten geführt. Nicht die Köpfe standen im Zentrum, sondern die Partei und ihre Themen. Die Themenlage hat für die SVP gesprochen, die sie aber auch bestens bewirtschaften konnte. Die 42 Sitze bedeuten nun auch, dass die Partei allein das Ratsreferendum ergreifen und durchsetzen kann. Auch im Kanton Schwyz konnte die SVP ihre Vor-

machtstellung ausbauen – sie legte um fünf Sitze zu und kommt jetzt auf 38 Sitze im 100-köpfigen Parlament. Sämtliche anderen Parteien haben Federn lassen müssen – Mitte, GLP und FDP je einen Sitz, SP und Grüne zusammen zwei Mandate.

### FDP – Verliererin in Uri

Im Kanton Uri sind bei den Landratswahlen noch nicht alle Sitze besetzt. Bisher haben die GLP 3 Sitze und die SVP einen Sitz gewonnen.

SP und die immer noch allmächtige CVP (Mitte) verlieren je zwei Sitze. Die FDP verliert gar 4 Sitze. Ein Sitz ist neu fraktionslos.

Die Wahlen vom 3. März zeigen deutlich: Die SVP kann mit klaren Botschaften bei den Wählerinnen und Wählern überall punkten. Sie hat den Gewinn bei den Eidgenössischen Wahlen prak-

tisch fortgeführt. Die AHV-Abstimmung hat den linken Parteien keinen Schub



Im St. Galler Kantonsrat gewinnt die SVP stark.  
Bild: Wikipedia

## ABSTIMMUNGEN VOM 3. MÄRZ

### Zäsur für die Generationengerechtigkeit

Die 13. AHV-Rente ist ein Zeichen von zunehmender Anspruchshaltung. Die Solidarität mit der jungen Generation wird arg strapaziert. Auch die Finanzierung ist noch nicht geklärt.

Daniel Buchta  
Vorstandsmitglied SVP  
Zürich Kreis 7+8  
Zürich

Es sei gleich vorab gesagt, dass die Rente aus AHV und Pensionskasse zu einem guten Leben im Alter ausreichen muss.

Trotzdem etwas provokativ die Frage: Was haben Christoph Blocher und Peter Spuhler seit der AHV-Abstimmung am 3. März 2024 gemeinsam? Richtig, beide werden bald eine 13. AHV-Rente beziehen.

### Giesskannenprinzip

Mögen mir diese beiden SVP-Granden verzeihen, dass ich sie als Beispiel heranziehe – vor allem, da beide wahrscheinlich gegen die Vorlage gestimmt hätten. Der Vergleich zeigt aber, was an der Vorlage falsch ist: Giesskannenprinzip statt gezielter Hilfe für Rentner mit kleinen Renten. Beide brauchen sicherlich keine weitere AHV-Rente, die nun aber die Jungen finanzieren dürfen. Es ist seit der Finanzkrise, den umfassenden Covid-Krediten und nun der CS-Rettung offensichtlich ein Anspruchsdenk an den Sozialstaat entstanden nach dem Motto: Nun will ich aber auch mal. Das habe ich mir verdient! Nein, das ist

ein leistungsloses Geschenk, da dafür nie Beiträge bezahlt wurden.

### Wo bleibt die Verantwortung?

Schon in der Präambel der Schweizer Verfassung wird über die «Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen» geschrieben und auch wir schreiben in unserem aktuellen Parteiprogramm vom «Ausgleich und der Solidarität zwischen Alt und Jung». Die Faktenlage in der AHV ist klar: Mit der Pensionierung der Babyboomer in den kommenden Jahren wird das Verhältnis von Erwerbstätigen zu Rentnern deutlich ungünstiger, was eine deutliche finanzielle Schieflage der AHV be-

gebracht. Die FDP verliert fast überall in den Parlamenten, während sich die Grünliberalen konsolidieren können. Ein klareres Bild wird es im April geben, wenn im SVP-Kanton Thurgau die Grossratswahlen stattfinden.

deuten wird. Auch ist die AHV inflationsadjustiert in den vergangenen Jahrzehnten gestiegen, sodass die Rentner von den steigenden Einkommen der Erwerbstätigen profitiert haben.

### Wie finanzieren?

Und in diesem Umfeld schaffen wir nun noch einen weiteren Leistungsanspruch, dessen Finanzierung – von Jung zu Alt – nun erst mal überhaupt diskutiert werden muss. Auch wenn die Schweiz im Vergleich zu umliegenden Ländern wie Deutschland und vor allem Frankreich und Italien noch eine deutlich geringere Staatsverschuldung aufweist, kennt die Staatsquote im langfristigen Trend nur eine Richtung: nach oben!

Lassen Sie uns daher gemeinsam für einen schlanken Staat basierend auf Freiheit, Unabhängigkeit, Leistungs-, Chancen- und Generationengerechtigkeit einstehen.

## AUS DEM KANTONS RAT

## Wer die Wahrheit unerträglich findet, verlässt den Saal

Die Linke bewies am Montag schlechten demokratischen Geist. Bei einer Fraktionserklärung der SVP zum Terroranschlag in Zürich lief sie fast geschlossen heraus. Sie möchte nicht hören, dass die Migrationspolitik der offenen Grenzen eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellt.



**Lorenz Habicher**  
Kantonsrat SVP  
Zürich Kreis 9

Es hätte ein ganz normaler Montagmorgen werden können. Alle Parteien haben den ersten Abstimmungsantrag in diesem Jahr 2024 analysiert und medial kommentiert und die vergangenen Wochen des intensiven Abstimmungskampfes reflektiert. Doch es kam anders!

## Floskeln von Regierungsrätin Fehr

Das Abstimmungswochenende wurde von einer neuen, in der Schweiz unbekannteren, verstörenden Dimension der Gewalt überschattet. Deren Ausmass und politische Brisanz war sich wohl nur die SVP-Fraktion bewusst. Frau Regierungsrätin Fehr, Integrations- sowie Religionsverantwortliche, verstand es, den Angriff aufs Schärfste zu verurteilen und gleichzeitig die Plattform Kantonsrat zu nutzen, um mit abscheulichen Worten zur allgemeinen Diskriminierung (Stichwort Homophobie) zu sprechen sowie anlässlich der laufenden Ermittlungen anzumahnen, dass keine voreiligen Schlüsse aus der schrecklichen Tat zu ziehen und die gebotene Vorsicht zu wahren sei.

## Klarheit statt Augenwischerei

Nach der Erklärung des Zürcher Regierungsrats trug Fraktionspräsident Tobias Weidmann (SVP Hettlingen) die minutiös vorbereitete SVP-Fraktionserklärung vor.

Ganz anders, klar und unmissverständlich, wurden die Vorgänge in der

SVP-Fraktionserklärung ausgesprochen – und die Ränge im Ratsprovisorium der ehemaligen Bullingerkirche leerten sich. SP, AL und Grüne wollten die Wahrheit nicht hören, verliessen wütend und mit obszönen Gesten (z.B. Stinkefinger von Jonas Erni, SP Wädenswil) den Saal. Aber halt, nicht geschlossen, denn Andrew Katumba (SP Zürich) und Daniel Heierli (GP Zürich) haben sich dem politischen Dialog nicht entzogen und sind auf ihren Plätzen sitzen geblieben. Respekt, genauso wie SVP-Exponenten die Einwände der Juso-Hitzköpfe erdulden, hörten zwei aus sechzig Linken, den klaren Worten unserer Fraktionserklärung und der persönlichen Erklärung von Kantonsrätin Sonja Rueff-Frenkel (FDP Zürich) zu. Dieselben, die den Saal verlassen haben, wollen nicht hören und auch nicht sehen, was eine verfehlte Migrations- und Integrationspolitik und die aus-

ufernde Zuwanderung anrichten! Sie sind auf dem linken Auge blind.

## Einzelinitiative zur Erhöhung der Rückzahlungsquote

Der restliche Montagmorgen verlief dann schon fast ereignislos, um nicht zu schreiben langweilig. Der Rat nahm den Bericht zu «Strategien im Umgang mit Jugendgewalt» KR-Nr. 143a/2021 zur Kenntnis und diskutierte die Interpellation KR-Nr. 135/2022 von Jacqueline Hofer (SVP Dübendorf) über zunehmende Gewalt gegen Polizisten und Rettungskräfte.

Zum Schluss der Sitzung konnten die Fraktionen von SVP und FDP noch die Einzelinitiative KR-Nr. 29/2024 von Stefan Basler (SVP Bülach), mit 78 Stimmen, die kantonale Massnahmen für eine Erhöhung der Rückzahlungsquote der Alimentenbevorschussung vorsieht, vorläufig unterstützen.



**Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen. Die Linke blamierte sich am Montag im Kantonsrat.**  
Bild: Wikipedia

## FRAKTIONSERKLÄRUNG DER SVP/EDU-FRAKTION VOM 4. MÄRZ 2024

## Schluss mit Augenwischerei – den wahren Antisemitismus endlich klar beim Namen nennen!

Die SVP ist über den Mordanschlag gegen einen jüdischen Mitbürger in Zürich tief bestürzt. Der Antisemitismus kommt heute primär aus dem muslimisch-migrantischen und dem linken Milieu. Mit der Politik der offenen Grenzen, die Antisemiten laufend importiert, und der jüdenfeindlichen Stimmungsmache im linken Zürich, werden solche Taten wahrscheinlicher.

Der brutale Mordanschlag auf einen jüdisch-orthodoxen Mitbürger am vergangenen Wochenende hat weitherum für Entsetzen gesorgt und wird zu Recht von allen Seiten verurteilt. Auch wir sind erschüttert und wünschen dem Opfer, seiner Familie und der ganzen Community rasche Genesung und viel Kraft.

## Asylchaos befördert Antisemitismus

Der Vorfall stellt einen vorläufigen Tiefpunkt einer Entwicklung dar, die sich bereits seit Jahren abzeichnet und die sich seit Ausbruch des Gaza-Krieges im vergangenen Herbst noch massiv zuspitzt hat. Knapp 80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs ist Antisemitismus in unseren Breitengraden also wieder aktuell. Zwar werden Übergriffe auf Jüdinnen und Juden jeweils von allen Parteien und Medien pflichtschuldig verurteilt. Die immer gleichen Bekundungen gegen Judenhass haben aber etwas Heuchlerisches, denn sie werden stets mit verschlossenem linkem Auge vorgetragen: Jeder weiss es, jeder sieht es, aber kaum jemand sagt es: Antisemitismus 2024 kommt nicht von rechts, sondern entweder vonseiten der anti-kapitalistischen Linken – die ihren Antisemitismus heuchlerisch als «Israelkritik» kaschiert – oder aus oftmals muslimisch geprägten Migrantenumlieues. Es ist offensichtlich: Mit dem völlig aus dem Ruder laufenden Asylchaos impor-

tieren wir teilweise eine ganz neue Generation an Antisemiten. Viel zu oft kamen in der Vergangenheit Menschen in unser Land, die unsere westlich-liberalen Grundwerte nicht teilen, sondern rundheraus ablehnen.

## Jüdenfeindliche Stimmung im linken Zürich

Damit wir uns richtig verstehen: Antisemitismus ist nach wie vor auch ein gesamtgesellschaftliches Problem, tief im Gewebe unserer abendländischen Kultur verankert, lager- und schichtenübergreifend.

Dennoch trägt der heutige Antisemitismus meist keine Springerstiefel, sondern Arafat-Tuch oder Che-Guevara-T-Shirt. Was zum Bild passt: Medienberichten zufolge soll der mutmassliche Täter vor seiner Tat «Allahu akbar» gerufen haben.

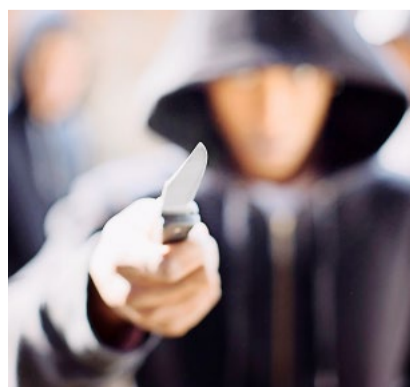
Selbst wenn noch nicht alle Informationen rund um die erschreckende Gewalttat vom Samstag bekannt sind: Es dürfte allen klar sein, dass es sich beim Täter nicht um einen pöbelnden Neonazi gehandelt hat. Vielmehr dürfte sich der jugendliche Täter von der insbesondere in der linken Stadt Zürich herrschenden anti-israelischen, jüdenfeindlichen Grundstimmung angestachelt gefühlt haben. Man darf sich halt nicht wundern: wenn an der Demo am Nachmittag antisemitische Slogans wie «from the river to the sea» gerufen werden, fallen beim einen oder ande-

ren die Hemmungen, am Abend Jagd auf jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger zu machen.

## Täter müssen benannt werden

Solange die vermeintlich «Toleranten» in unserer Gesellschaft es nicht übers Herz bringen, die wahren Urheber des heutigen Antisemitismus beim Namen zu nennen, sind ihre Verurteilungen und Mitleidsbekundungen nichts weiter als hohle Phrasen.

Wir rufen daher alle Bürgerinnen und Bürger der Zivilgesellschaft eindringlich dazu auf, ohne ideologische Scheuklappen jede Form des Antisemitismus zu verurteilen; denn Vorfälle wie derjenige am Samstagabend dürfen in unserem Land nie wieder vorkommen.



**Hinter dem Terrorangriff steht ein eingebürgerter Schweiz-Tunesier.**  
Bild: Adobe Stock

## KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

## Gewalt gegen Beamte nimmt zu



**Jacqueline Hofer**  
Kantonsrätin SVP  
Dübendorf

An der heutigen Ratssitzung wurde meine Interpellation zum Thema «Zunehmende Gewalt gegen Polizisten und Rettungskräfte» behandelt.

Es ist beunruhigend, wenn Menschen, die für unsere Sicherheit und Hilfe verantwortlich sind, selbst Opfer von Gewalt werden. Diese Situation ist tragisch und wirft wichtige Fragen auf. Die SVP steht hinter der Polizei, den Rettungsdiensten und Blaulichtorganisationen. Sie geht der Sache auf den Grund, benennt die Ursachen und setzt sich gezielt für Massnahmen zur Bekämpfung der Gewalt gegen Beamte ein, solche Vorfälle zu verhindern und die Sicherheit und das Wohlbefinden aller zu gewährleisten. Umso erfreulicher ist, dass der Gegenvorschlag der Anti-Chaoten-Initiative in der Stadt Zürich mit 53 Prozent angenommen wurde. Ein klares Statement des Volkes für die Sicherheit und die Sicherheitskräfte.

## «Wir tolerieren keine Gewalt und das in jeglicher Form»

Polizei und Rettungsdienste sorgen für Sicherheit, Schutz und Rettung. Ihre Mitarbeiter leben gefährlich, denn die Gewalt gegen Polizisten und Rettungskräfte nimmt nach wie vor zu. Das bestätigt auch der Lagebericht des Bundes. Teile der Gesellschaft sind aggressiver und respektloser geworden. Polizisten und Rettungskräfte

müssen sich viel anhören und gefallen lassen. Sie werden beschimpft, beleidigt, bedroht, bespuckt und angegriffen. Insbesondere bei Fussballspielen und im Umfeld von Clubs und Partys kommt es häufig zu Gewalt, Drohungen und Angriffen. Auch die Rettungskräfte sehen sich tagtäglich mit Gewalt konfrontiert.

Der Regierungsrat bekräftigte zwar, dass Gewalt gegen Exponenten des Staates nicht hingenommen werden dürfe. O-Ton: «Wir tolerieren keine Gewalt und das in jeglicher Form.» Diese müsse konsequent strafrechtlich geahndet werden. Allerdings relativierte er seine Antwort und wies auf die Botschaft des Bundesrates vom 25. April 2018 hin. Aus verschiedenen Gründen sei eine zwingende Mindeststrafe beim Straffrahmen für Angriffe auf Beamte nicht möglich, ebenso keine Erhöhung des Straffrahmens.

Die Diskussion um Massnahmen gegen gehäufte und verstärkte Gewalt gegen Beamte im Dienst wurde damals offenbar nicht ernst genommen. Angriffe und Gewalt gegen Sicherheits- und Rettungskräfte gehen gar nicht. Sie müssen immer konsequent angezeigt und verfolgt werden. Es braucht spürbare Massnahmen. Die Interpellation stiess eine Diskussion in dieser wichtigen Thematik an. Ein Arbeitgeber hat der Fürsorgepflicht gegenüber seinen Mitarbeitern nachzukommen. Mittlerweile wurde das Bundesgesetz über die Harmonisierung der Straffrahmen, welches eine leicht modifizierte Fassung des Tatbestandes bei Gewalt und Drohung gegen Beamte enthält, verabschiedet. Ob eine leicht modifizierte Fassung des Tatbestandes bei Gewalt und Drohung gegen Beamte genügt, wird sich zeigen. Das geltende Gesetz ist auf jeden Fall vollumfänglich anzuwenden. Gesetzeslücken sind zu schliessen. Wir bleiben dran.

## WORTE DES CHEFREDAKTORS

## Stimmrechtsalter 20?

Letzte Woche scheiterte erneut ein Versuch im Nationalrat zur Einführung des Stimmrechtsalters 16. Es war der x-te Versuch, die Änderung durchzuzwängen, trotz ganz offensichtlich fehlendem Willen der Bevölkerung. Erst vor zwei Jahren waren zwei entsprechende Initiativen in den Kantonen Bern und Zürich deutlich gescheitert. Auch besteht keinerlei Nachfrage nach Stimmrechtsalter 16. Im Gegenteil: Unter jungen Wählern ist die Stimmbeteiligung tiefer als in allen anderen Altersgruppen.

## Offensichtliches Kalkül

Das Kalkül der Linken ist offensichtlich. Sie erhoffen sich von den jungen Wählern eine Erhöhung ihres Wähleranteils, weil junge Menschen überdurchschnittlich links wählen. Als Vorbild dienen ihnen die USA. Die Demokraten setzen gezielt auf die Mobilisierung junger Menschen, oft Studenten, um Wahlen zu gewinnen. Gleiches probieren die Linken seit einigen Jahren auch in der Schweiz.

## Stimmrechtsalter 18 gilt noch nicht lange

Was viele nicht wissen: Das Stimmrechtsalter 18 in der Schweiz gibt es noch nicht allzu lange. Es wurde erst 1991 eingeführt. Zuvor galt in fast allen Kantonen Stimmrechtsalter 20. Vor der Einführung wurde das tiefere Stimmrechtsalter 25-mal in den Kantonen abgelehnt. Die Parallelen zu den aktuellen Bestrebungen sind offensichtlich.

## Junge werden später erwachsen

Haben die jungen Menschen seit 1991 mehr Verantwortung übernommen? Das Gegenteil ist der Fall. Die Menschen werden immer später erwachsen, sie studieren länger, sie haben später – wenn überhaupt – Kinder und sie treten später in den Arbeitsmarkt ein.

Heute stellen die 15- bis 24-Jährigen aus diesen Gründen und aufgrund der demografischen Entwicklung nur noch 11,7 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung. 1991, als das Stimmrechtsalter 18 eingeführt wurde, waren es noch 17,3 Prozent. Wenn es einer Änderung des Stimmrechtsalters bedarf, dann wäre daher eher eine Erhöhung angezeigt.

## Die Initiative ergreifen

Wer die Schweizer Linke kennt, weiss, dass sie sich vom demokratischen Willen nicht vom Ziel abbringen lassen wird. Mit ihrer gesammelten medialen und politischen Macht wird sie sich weiterhin für dieses Ziel einsetzen, bis sie eine Bresche in die Mauer des Widerstands schlagen kann. Die Frage stellt sich: Warum sollen die Bürgerlichen einfach abwarten und den Linken die Initiative überlassen? Die Bevölkerung hat gezeigt, dass sie das Stimmrechtsalter 16 nicht möchte.

Warum also nicht austesten, ob Stimmrechtsalter 20 auf breite Zustimmung treffen würde?

von Daniel Rickenbacher



**Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook**  
[www.facebook.com/svpzuerich](http://www.facebook.com/svpzuerich)

FRAKTIONSERKLÄRUNG DER SVP/EDU-FRAKTION VOM 4. MÄRZ 2024

## Die Zürcher Landwirtschaft braucht nun unsere Unterstützung

Die Zürcher Bauernschaft leidet unter steigenden Kosten, unrealistischen linksgrünen Forderungen und der Bevölkerungsexplosion.



Die Zürcher Bauern erfüllen wichtige Aufgaben im Kanton.

Bild: SVP

Am Freitag, 1. März 2024, haben rund 1000 Landwirtinnen und Landwirte mit Mahnmärschen im Kanton Zürich auf die sehr schwierige und herausfordernde Marktsituation unseres Berufsstandes aufmerksam gemacht. Aufgrund der sehr stark gestiegenen Vorleistungskosten beim Dünger, bei den Pflanzenschutzmitteln oder beim Treibstoff ist es überlebenswichtig, dass die Produzenten mindestens einen Teil dieser Vorleistungskosten durch höhere Produktpreise zurückerhalten.

### Bauernschaft leidet

Auch die im Jahrestakt von der Politik diktierten zusätzlichen Auflagen und Einschränkungen erhöhen die Kosten und das Risiko in der Nahrungsmittelproduktion enorm.

Der Milchpreis ist am letzten Freitag immerhin um 3 Rappen angehoben worden. Jedoch reichen diese 3 Rappen nicht aus, um die hohen Kosten für die Produktion zu decken. Dazu ist bei vielen anderen Produkten wie Getreide, Obst oder Gemüse das Verhältnis von Produzentenpreis und Verkaufspreis im Laden ebenfalls schlecht. Die Landwirtschaft

versteht durchaus, dass die Grossverteiler eine Marge benötigen. Aber vom Konsumentenfranken landen nur zwischen 10 und 30 % beim Produzenten. Dieser Anteil ist oftmals zu tief, um kostendeckend zu produzieren.

Die Bäuerinnen und Bauern unseres Kantons sind Umweltpraktiker. Sie arbeiten seit Generationen mit der Natur zusammen und verdienen im Durchschnitt ca. 60 000 Fr. pro Jahr bei rund 3000 Stunden Arbeit. Sie machen ihre Arbeit sehr gerne, aber leider müssen sie sich immer wieder wehren gegen Angriffe von Umwelttheoretikern der politisch linksgrünen Seite. Von dieser Seite kommen seit Jahren ständig neue Forderungen nach mehr Umweltschutz, mehr Tierschutz, mehr Biodiversität, nach weniger Ammoniak oder weniger CO<sub>2</sub>.

### Bevölkerungsexplosion macht Situation schwieriger

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben rund 700 000 Menschen im Kanton Zürich gewohnt. Nun leben bald 1,6 Mio. Menschen hier. Aber an allem soll die Landwirtschaft schuld sein? Tausende

neue Häuser und Strassenkilometer wurden gebaut, Hunderttausende von Menschen, die hier leben und Nahrungsmittel konsumieren. Das alles soll keinen Einfluss haben?

Die Landwirtschaft hat bewiesen, dass sie Verbesserungen beim Umweltschutz an die Hand nimmt und umsetzt. Die Landwirtschaft ist bereit, sich neuen Lebensumständen zu stellen und begrüsst innovative Ideen. Aber die Landwirtschaft, wie auch die SVP/EDU-Fraktion, ist nicht bereit, linksgrüne praxisfremde Weltverbesserungsideen umzusetzen von Politikern, die dann doch in ihren Ferien mit dem Flugzeug nach Asien fliegen. Bitte nicht falsch verstehen.

Wir verbieten Linksgrün nicht seinen Lebensstil. Aber bitte verbieten Sie uns auf der bürgerlich-gewerblichen Seite auch nicht unseren Lebensstil. Leben und leben lassen ist da unser Motto.

In diesem Sinne kämpft die SVP weiterhin für eine gesunde, leistungsfähige Landwirtschaft, die Nahrungsmittel produziert und damit unsere Landschaft pflegt.

SVP ALTSTADT-MATTENBACH UND SVP SEEN MACHEN MOBIL

## Rascher Sammelerfolg

Das Komitee «Tösstalstrasse muss offenbleiben!» sammelt innert zweier Wochen 1500 Unterschriften gegen Dauerstau auf der Tösstalstrasse.

Vor gut zwei Wochen rief ein Komitee der SVP-Sektionen Altstadt-Mattenbach und Seen Bürgerinnen und Bürger dazu auf, sich mittels ihrer Unterschrift an der Eingabe des Komitees im Mitwirkungsverfahren «Tösstalstrasse» der Stadt Winterthur zu beteiligen. Trotz der äusserst kurzen Frist haben rund 1500 Personen, zumeist aus den angrenzenden Quartieren Seen und Mattenbach, den Aufruf unterschrieben. Dies ist ein überwältigender Erfolg, wenn man bedenkt, wie schwer es ist, für Initiativen auf städtischer Ebene die nötigen 1000 Unterschriften zu sammeln.

Spontane Rückmeldungen an das Komitee zeigten, dass es vielen Bürgern ausserordentlich wichtig war, dieses Anliegen mit ihrer Unterschrift zu unterstützen. Das Komitee «Tösstalstrasse muss offenbleiben!» und die SVP Winterthur fordern deshalb ausdrücklich, dass diese kritischen Stimmen aus der Bevölkerung und die von ihnen unterstützten Forderungen bei der weiteren Ausarbeitung des Projekts vollumfänglich berücksichtigt werden:

- Freie Fahrt statt Fahrbahnhaltestellen und Verbauungen in der Strassenmitte!
- Bestehende Lichtsignalanlage statt schwammiger Mischverkehrsstreifen!
- Radikale Reduktion des Projekts: Zwei Jahre Bauzeit mit einspuriger Linieneinführung und Kosten von 20 Millionen Kosten für einen 1,5 Kilometer langen Strassenabschnitt gehen zu weit!
- Offene Hauptverkehrsachsen wichtig für die Mobilität der Bevölkerung des ganzen Kantons, für Wirtschaft und Gewerbe sowie für Rettung und Feuerwehr!

Mit ihrem bisherigen Vorgehen zeigte die Stadt Winterthur hingegen, dass ihr das Mitwirkungsverfahren eher lästig ist, wie beispielsweise die kurzfristige Ankündigung eines Projekts in dieser Grössenordnung oder die Ansetzung

der Mitwirkung in den Schulferien zeigen. Die SVP möchte die Stadt Winterthur daran erinnern, dass sie in der Pflicht steht, eine Mitwirkung möglichst bürgerfreundlich zu gestalten und die Eingaben der Bevölkerung im Endprojekt zu berücksichtigen.

Die vom Tiefbaudepartement eingeholten und dem Komitee vorgelegten Konzepte zeigen zudem nicht rechtssicher auf, weshalb der Schutz nur mit Tempo 30 (Mischverkehrsstreifen) erreicht werden kann und das bestehende Lichtsignal durch diesen zu ersetzen ist. Dafür wäre nach Ansicht des Komitees ein Gutachten gemäss Signalisationsverordnung nötig, welches der Stadt Winterthur nach unseren Informationen bislang nicht vorliegt.

Die SVP fordert in ihrer Eingabe auch, dass die Stadt Winterthur den Verzicht auf jeweils eine ÖV-Haltestelle pro Fahrtrichtung für diesen Abschnitt der Tösstalstrasse prüft (insbesondere stadteinwärts mit rund 250 bis 300 Metern Abstand zwischen den Haltestellen). Eine ÖV-Haltestelle weniger kann die Fahrzeiten für alle Fahrgäste deutlich reduzieren, die Verkehrssituation insgesamt entspannen sowie Bauzeit und Kosten senken, während für einige wenige der Fussweg in geringem Umfang zunähme.

Die SVP hat im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens die 1500 Eingaben von besorgten Bürgerinnen und Bürgern sowie die Eingabe der SVP selbst heute im Rahmen der Sitzung des Stadtparlaments an die verantwortliche Stadträtin Christa Meier überreicht.

Die SVP bedankt sich bei den Winterthurerinnen und Winterthureren für die Unterstützung.

Vorstand, SVP Altstadt Mattenbach  
und Vorstand, SVP Seen

Weitere Informationen: [www.tösstalstrasse-muss-offenbleiben.ch](http://www.tösstalstrasse-muss-offenbleiben.ch)



Der Verkehr darf nicht absichtlich behindert werden.

Bild: SVP Winterthur

PRÄSIDIUMSWECHSEL BEI DER SVP DÄNIKON-HÜTTIKON

## Tatkräftige Nachfolge

An der Generalversammlung der SVP Dänikon-Hüttikon im Schützenhaus wurde Gemeinderat Fabian Schenkel als Hüttikon als Nachfolger für Gemeinderat und alt Kantonsrat Christian Lucek als Sektionspräsident gewählt.

Christian Lucek hatte die Sektion die letzten zwanzig Jahre erfolgreich geführt und mit der Erweiterung auf die Gemeinde Hüttikon sowie mehreren erfolgreichen kommunalen Wahlen wesentlich geprägt.

Lucek freut sich, für die aktive und gut aufgestellte SVP-Sektion mit Fabian Schenkel einen motivierten und tatkräftigen Nachfolger gefunden zu haben. Schenkel strich in seinem Ausblick denn sogleich die Bedeutung der kommunalen Wahlen sowie die zahlreichen Herausforderungen wie das Wachstum der kantonalen Vorschriften und Verwaltung oder die drohende Unterordnung der Schweiz unter die EU durch das Rahmenabkommen hervor. Der Einsatz der SVP sei deshalb umso nötiger und der Austausch mit der Bevölkerung besonders wichtig. Auf ein ungezwungenes Gespräch mit der Bevölkerung am Dorffest in Dänikon vom 28.–30. Juni 2024 freut sich die SVP. Dabei geht es für einmal nicht um ein politisches Kräfteressen, sondern die SVP wird mit einer sportlichen Attraktion präsent sein und freut sich auf Ihren Besuch.

Christian Lucek,  
alt Kantonsrat SVP,  
Dänikon



Christian Lucek und sein Nachfolger vor der historischen Fahne des Schützenvereines Dänikon-Hüttikon.

Bild: ZVG

POLIT-APÉRO DER SVP ZÜRICH 11

## Was geschieht im Kantonsrat?

Am Freitag, 1. März, fand der erste Polit-Apéro der SVP Zürich 11 in diesem Jahr statt. Als Referenten konnten wir Kantonsrat Peter Schick bei uns empfangen. Er sprach darüber, wie kantonale Initiativen im Kantonsrat behandelt werden, bis sie dann effektiv zur Abstimmung kommen. Ebenfalls zeigte er uns auf, dass inzwischen auch im

Kantonsrat inhaltslose Vorstösse eingereicht werden, mit welchen sich das Kantonsparlament befassen muss. Mit 20 Teilnehmenden war es ein sehr spannender und gemütlicher Abend, welchen wir mit Speis und Trank ausklingen liessen.

Vorstand, SVP Zürich 11



Sachkundig erklärte Peter Schick das Geschehen im Kantonsrat.

Bild: ZVG

OHNMACHT DES VOLKES

# «Rentenklaue» auf dem Rücken des Mittelstandes?

«Rentenklaue» mag ein harter Ausdruck sein, doch es ist stossend, wenn diejenigen für die Rentenverluste aufkommen, die ein Leben lang arbeiten und sparen mussten.



Die Renditen der Pensionskassen nehmen ab.

Bild: Adobe Stock



**Bernhard Im Oberdorf**  
Kantonsrat SVP  
Zürich

Zwar ist auch die «Credit Suisse» Geschichte. Aber die Folgen eines solchen einseitigen Profitdenkens sind noch lange nicht ausgestanden. Während das einstige Flaggschiff des Schweizer Finanzplatzes mit einem durch Boni-Gier durchsetzten Missmanagement in den Untergang getrieben wurde, hatte die Finanzkrise von 2008, deren Ursachen in einem spekulativ überhitzten Hypothekenmarkt lagen, ebenfalls schon zu Rentenverlusten geführt.

**Allgemeinheit finanziert die Gier**  
Gemeinsam an beiden unterschiedlichen Krisen war die Gier von Brokern und Bankern und das Auslöfen der vergif-

teten Suppe durch die Allgemeinheit. Es ist offensichtlich, dass in der Folge der Finanzkrisen die Anlagemöglichkeiten schlechter wurden, auch im institutionellen Bereich. Das gilt für Pensionskassen, also die zweite Säule, und ebenso für die dritte. Dies führte dazu, dass bei Pensionskassen durch die Senkung des Umwandlungssatzes mit teilweise massiven Renteneinbussen zu rechnen war.

**Umlage und Kapitaldeckung**  
Dazu muss man wissen, dass es sich bei diesen beiden Säulen um ein «Kapitaldeckungsverfahren» handelt, bei dem die Renten individuell angespart werden müssen und Risiken ausgesetzt sind. Das ist anders beim «Umlageverfahren», bei dem die Arbeitstätigen die Vorsorgeeinrichtungen alimentieren, sodass es eine garantierte Rente gibt, die eigentlich existenzsichernd sein sollte. Früher war dies auch bei der zweiten Säule der Pensionskassen so, in denen

als Rente ein Löwenanteil des letzten Lohnes als Pension gesichert war. Als man dazu überging, dieses System der zweiten Säule hin zum Kapitaldeckungsverfahren zu verändern, ging die sichere Rente verloren. Diese gibt es nur noch bei der AHV, die das Umlageverfahren kennt.

Ein Kapitaldeckungsverfahren kann daher die ursprünglich in Aussicht gestellten Pläne zunichte machen. So mussten angesichts nach unten korrigierter Renditen der Anlageinstitute die Zahlen massiv angepasst werden, sodass statt der früher regelmässig gewährten, wenn auch nicht garantierten Überschussrenten, mit denen aber viele Sparer rechneten, nur noch von einem Minimum in der Nähe der garantierten Rente ausgegangen werden konnte: Leibrenten sackten auf bis zu einem Drittel dessen ab, womit zur Jahrtausendwende noch gerechnet werden konnte.

Auch bei den Pensionskassen mit dem sinkenden Umwandlungssatz gibt es einschneidende Überraschungen.

**Aufsicht beisst Ohnmächtige**  
Natürlich unterliegt all dies einer staatlichen Aufsicht. Den Versicherern wurde – gemäss Aussagen von Versicherungsinstituten – von der zuvor eher passiven FINMA verboten, im Zuge der Kulanz die Verluste etwas abzufedern. Die FINMA untersagte gemäss Aussagen von Krankenkassen diesen auch, die lange gewährten Kollektivrabatte anzuwenden. Allein schon deswegen stiegen die Prämien massiv.

Ob die FINMA insbesondere dann die Keule schwingt, wenn das zulasten des ohnmächtigen Volkes, aber weniger um die Kontrolle schier allmächtiger Finanzinstitute geht, die gegen die Wand rasen und die Allgemeinheit schädigen? Das ist eine Frage, die man sich stellen müsste und in die hoffentlich die PUK nun Klarheit bringt.

Denn gerade jene, die über keine Lobby verfügen, scheint diese Aufsicht zu beißen.

EXTRAWURST FÜR STÄDTISCHE ANGESTELLTE

## Rentenalter 60?

Die AL möchte die Stadtangestellten von Zürich mit 60 Jahren in den Ruhestand schicken. Dies würde die städtischen Kassen und somit auch die Steuerzahler zusätzlich belasten.



**Michele Romagnolo**  
Gemeinderat SVP  
Zürich

Patrik Maillard und Tanja Maag Sturzenegger (AL) haben im Zürcher Gemeindeparlament einen Vorstoss ein-

gereicht, der fordert, dass das Rentenalter 60 für städtische Angestellte mit körperlich belastenden Tätigkeiten eingeführt wird. Mit 55 zu 56 Stimmen wurde dieser Vorstoss an den Stadtrat überwiesen.

**Es darf keine Willkür geben**  
Tatsächlich, wer in einem Verschleissjob arbeitet, wird früher mit körperlichen Abnutzungserscheinungen kon-

frontiert sein. Diese Menschen sollen ohne Sorgen um eine gekürzte Rente mit Würde in den verdienten Ruhestand gehen können, bevor sie chronisch krank sind.

Doch Achtung! Wer entscheidet, ob jemand einen Verschleissjob ausübt oder frühzeitig in den Ruhestand geht? Ein allgemeiner Leitfadens ist nicht vorhanden.

Es ist wichtig, keine Entscheidungen aus dem Bauch heraus zu treffen ohne Grundlage.

Die Lebenserwartung der Schweizerinnen und Schweizer liegt auf hohem Niveau, Tendenz steigend. Daraus resultiert, dass auch der normale Ruhestand immer länger wird, was dazu führt, dass Frühpensionierungen sicherlich nicht einfach zu finanzieren sind. Zudem gibt es verschiedene Gründe, die Arbeitswelt zu verlassen und in die Frühpension zu gehen – mit fast dem gleichen Lohn.

**Frühzeitige Planung notwendig**  
Eine Frühpensionierung kann finanzielle Einbussen bei der Pensionskasse nach sich ziehen. Um die finanziellen Lücken nach einer Frühpensionierung zu schliessen, ist ein Vorbezug der AHV-Rente erforderlich.

Eine frühzeitige Pensionierung erfordert eine genaue und langfristige Planung, um im Alter nicht in finanzielle



Wer in körperlich belastenden Berufen arbeitet, muss sich oft früher pensionieren lassen. Bild: Adobe Stock

MISSACHTUNG DES VOLKSWILLENS

## Zweites Hongkong



**Christoph Blocher**  
Alt Bundesrat SVP  
Herrliberg

Vor zehn Jahren haben Volk und Stände die Masseneinwanderungsinitiative angenommen. Seither steht in der Verfassung: «Die Schweiz steuert die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig.» Und zwar mit «jährlichen Höchstzahlen und Kontingenten» unter «Berücksichtigung eines Vorrangs für Schweizerinnen und Schweizer». Die auf Verfassung und Gesetze vereidigten National- und Ständeräte taten das Gegenteil.

Gemäss den Zahlen des Staatssekretariats für Migration sind 2023 181 533 Ausländer zugewandert und 75 291 ausgewandert. Dies ergibt eine Netto-Zuwanderung von 106 242 Personen. Da man in Bern aber auf dem Papier die Zahl 100 000 keinesfalls überschreiten wollte, hat die Verwaltung aufgrund seltsamer Kategorien dies auf netto 98 851 Zuwanderer herunterkorrigiert.

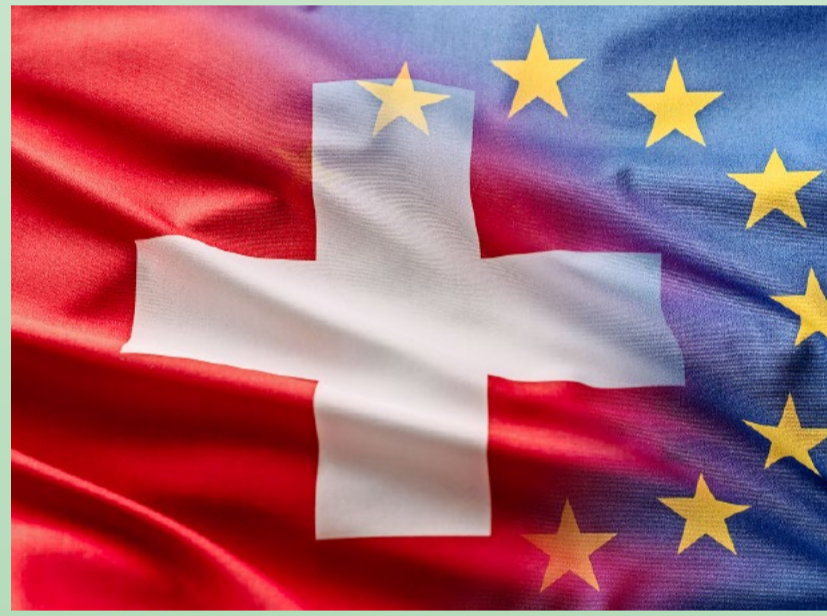
Das bedeutet aber immer noch eine Netto-Zuwanderung von beinahe einer Stadt wie Winterthur – in einem einzigen Jahr!

Jetzt will der Bundesrat mit der EU Verträge abschliessen, wonach die Schweiz Gesetze von Brüssel übernehmen muss; so auch in Bezug auf die Zuwanderung. Damit können die Bürgerinnen und Bürger über ihr Geschick nicht mehr selber bestimmen. Die EU wird dann entscheiden! Jetzt kommen Professoren und Spezialisten des Europarechts und bestreiten, dass es sich um einen Kolonialvertrag handelt.

Von einem Kolonialvertrag spricht man dann, wenn ein Land oder eine Gemeinschaft von Ländern über ein anderes Land bestimmt. So beherrscht heute beispielsweise China Hongkong, das praktisch chinesisch geworden ist. Würde das neue institutionelle Abkommen angenommen, würde die Schweiz von der EU beherrscht.

Für die Schweiz wäre aber der koloniale Charakter eines solchen Abkommens noch viel einschneidender, denn wir kennen im Gegensatz zu Hongkong noch die Volksabstimmungen.

E gfreuti Wuche!



Die Souveränität der Schweiz ist gefährdet.

Bild: Adobe Stock

Schwierigkeiten zu geraten. Jeder dieser Faktoren lässt sich finanziell lösen, doch eine gute Absicherung trägt massgeblich zum Erhalt des Lebensstandards und zur Freiheit des Frührentners bei.

**Belastung der Stadtkasse**  
Eine Regelung in der Stadt Zürich sieht vor, dass die Frühpensionierung frühestens ab 58 Jahren möglich ist. Eine solch frühe Pensionierung darf jedoch nicht mit einer regulären Pensionierung gleichgesetzt werden.

Die derzeitige Praxis sieht vor, dass Beamte ab 58 Jahren in den Ruhestand

treten können. Für Personen, die ab Alter 60 Jahre in Rente gehen, gewährt die Stadt einen Zuschuss von maximal fünf Jahren bis zur ordentlichen Rente. Diese Massnahme führt zu einer Belastung der Stadtkasse und damit auch der Steuerzahler. Wir könnten aber damit aufhören, bestimmte Berufsgruppen aus Sicherheitsbereichen, Sanität und Polizei zu verbeamten. Sie könnten in Zukunft für leichte Tätigkeiten als Angestellte nützlich sein. Das würde unsere Stadtkasse füllen und bei einigen Sicherheitsbereichen und Personalproblemen helfen.

Aktuelles aus dem Bundeshaus und dem Zürcher Kantonsrat

### Was erwartet uns im Jahr 2024?

**Montag, 18. März, 19 Uhr**  
Kath. Kirchengemeindehaus,  
Gustav Maurer-Str. 13, 8702 Zollikon

**Gregor Rutz**  
Nationalrat

**Tobias Weidmann**  
Kantonsrat

Informieren Sie sich über die aktuellen Entwicklungen in Bundesbern und im Zürcher Kantonsrat. **Nationalrat Gregor Rutz** (Leader Staatspolitische Kommission) und **Kantonsrat Tobias Weidmann** (Fraktionspräsident) stehen Ihnen Red und Antwort!

Alle sind herzlich willkommen – auch Nichtmitglieder!

svp-zollikon.ch

## Fadegrad



von  
Manuel Zanoni

## Jede Zeit hat ihre Götter

Der Verkehr in den Städten Winterthur und Zürich ist und bleibt ein Politikum. Die rotgrünen Stadtregierungen versuchen, über die Verkehrspolitik die Städte umzugestalten, um den Lärm zu reduzieren, das Klima zu retten oder gar den Gang der Wirtschaft in ihrem Sinn zu beeinflussen. Als ausgemachter Bösewicht gilt dabei der motorisierte Verkehr, als Held das Velo.

Für das Velo werden in beiden Städten neue Schnellrouten ausgewiesen oder, wie in Winterthur am Bahnhof, pompöse Tempel mit Velostandplätzen gebaut. Die Velodemonstration Critical Mass hat in der Stadt Zürich lange Zeit viel Narrenfreiheit genossen. Verkehrsregeln werden bei Velofahrern in beiden Städten nur zögerlich durchgesetzt. Der motorisierte Verkehr hingegen wird behindert, wo es nur geht, sei es durch Parkplatzabbau, eine Vielzahl von Radanlagen, Verbauungen auf der Strasse oder teilweise abstruse Verkehrsführungen.

Ins Gewicht fällt auch, dass die Verkehrsinfrastruktur trotz starker Bevölkerungs- und damit Autofahrerzunahme nicht zu-, sondern eher abgebaut wird. Beim motorisierten Verkehr weigern sich auch beide Städte konsequent, ihre Zentrumsfunktion wahrzunehmen. Während sie diese Verantwortung bei den genehmen Themen wie Kultur, dem ÖV und Sozialen noch so gerne und über Gebühr übernehmen, ist ihnen diese beim motorisierten Verkehr lästig. Vielmehr schotten sich die Städte von ihrem Umland ab, indem sie den motorisierten Verkehr auf den Hauptverkehrsachsen in die Stadt direkt oder indirekt behindern. Dazu dienen Verkehrsbehinderungen wie Bushaltestellen auf der Fahrbahn mit fehlender Überholmöglichkeit oder schwammige Mehrzweckstreifen mit Tempo 30 und Abbau der Abbiegestreifen. Aus dem Zentrumslastenausgleich erhält die Stadt Zürich pro Jahr rund 400, die Stadt Winterthur 90 Millionen Franken unter anderem für Leistungen des Verkehrs, welche sie – wie wir gesehen haben – nur zum Teil erbringen. Durch diese Politik schaden sich die Städte auch selbst, indem der ÖV verlangsamt wird oder Firmen wegziehen. Winterthur beispielsweise hat zum Ziel, zusätzliche Arbeitsplätze anzuziehen. Weil es den Zugang durch den motorisierten Verkehr unattraktiver macht, verlagern Firmen jedoch Arbeitsplätze von Winterthur weg, was nach Aufhebungen von Parkplätzen schon mehrmals vorgekommen ist. Die negativen Folgen der Vergötterung des Langsamverkehrs sind offensichtlich. Es ist an der Zeit, diese Götter von ihren Sockeln zu stürzen und in den Städten die Verkehrspolitik zu entideologisieren. Die Städte als Zentren haben eine Verantwortung gegenüber dem Umland und dem Rest des Kantons. Für Bürger, Wirtschaft und Gewerbe des gesamten Kantons sind eine freie Mobilität und offene Hauptverkehrsachsen essenziell.

## AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

## Sozialistischer Städtebau in Zürich

Bauvorhaben privater Investoren werden behindert, Bauvorhaben der Stadt gefördert. Sozialismus pur.



Jean Marc Jung  
Gemeinderat SVP  
Zürich

Im Ratssaal herrschte unangenehme Kälte. Linksgrün brachte kaskadenmäsig seine bizarren interventionistischen Vorstösse durch. Auch wurde versucht, lang dauernde Vorhaben in letzter Minute noch zu sabotieren. So etwa betreffend die momentane Hängepartie betreffend Maag-Areal hinter dem Prime Tower. Dort sind einige Rechtsverfahren hängig.

Ein Grossteil des Areals ist seit Längerem überbaut. Noch nicht überbaut sind das Teilgebiet 2 (Maag-Hallen) und rund zwei Drittel des Teilgebiets 7 (Areal Welti-Furrer).

### Entwicklung wird behindert

Der für die Zone gültige Sondernutzungsplan wurde vom Gemeinderat vor bald zwanzig Jahren beschlossen. Insofern fehlt nicht mehr viel, den Rest planmässig noch zu überbauen. Dagegen regte sich nun Widerstand. Vor allem wegen der Maag Halle, die viele okay finden und kein Neubauprojekt wollen. Die Grünen und die GLP wollten mit einer Motion die Entwicklung stoppen und die Sonderbauvorschriften einer Teilrevision unterziehen. Die geplanten Bauarbeiten sind gefährdet. Und wissen Sie was? Der Zürcher Heimatschutz rekurriert dort auch gegen eine Baubewilligung. Ein anderer Teil der Gebäude ist denkmalgeschützt. Ortsbildschutz gemäss ISOS lastet auch noch auf dem Gebiet. Kurzum, die Entwicklung wird abgewürgt, die Investoren sind ratlos. Natürlich kann man sagen, das Gebiet sei kulturhistorisch bedeu-

tend und zeuge von industrieller Vergangenheit. Natürlich kann man sagen, die dortigen Kulturräume seien fürs Quartier identitätsstiftend. Aber langsam sagt man das fast überall in Zürich. Die Argumente lahmen an ihrer inhaltlichen repetitiven Leere. Auch Neues kann identitätsstiftend sein. Und Zürich leidet an einem Überangebot an Kultur und Pseudo-Kultur. Die Motion wurde locker überwiesen.

### Wir brauchen wieder mal eine neue Schule

Die Flut der Nettozuzüger in unser schönes Land zeigt die Platz- und Infrastrukturprobleme immer mehr auf. Händerringend sucht die Stadt Platz für neue Schulen. An der letzten Sitzung hat sie gezeigt, wie man das geschickt machen kann. Es standen zwei Zonenplanänderungen zur Diskussion. Eine betraf den «Quartierpark Grünau», das ist in der

Nähe des Bahnhofs Zürich-Altstetten. Dort hat es eine schöne grosse Wiese, bisher als Zone für öffentliche Bauten (Oe4F) klassiert. Diese wurde nun in eine Freihaltezone FP mit 11 514 Quadratmetern umgebucht. Die Wiese bleibt also Wiese. Kein Grashalm kommt weg und alle klatschen. Eine Oe4F-Zone darf man nicht einfach so streichen, man muss sie anderswo wieder implementieren. Es ist ein Recht, welches der Allgemeinheit gehört. Praktisch ist nun, dass die Stadt Zürich dort in der Nähe die Parzelle Tüffenwies besitzt. Die Parzelle ist mit 11 046 m<sup>2</sup> etwa gleich gross. Sie ist als Erholungszone E1 taxiert und wurde nun zur Oe4F umgezont. Und alle klatschen. Jetzt kann man dort eine nigelneue Sekundarschule für 24 Klassen und eine Dreifachsporthalle planen.

Mit Schulräumen bis in die siebte Etage. Kostenpunkt 111 Mio. Franken. Das wird dann eine Volksabstimmung nach sich ziehen.



Beim Bau des Schulhauses Hirschengraben 1893 spielten die Kosten noch keine Rolle. Die Sekundarschule ist dekoriert mit Säulen, Mahagoniholz und barocker Aula.

Bild: Wikipedia

## AUS DEM WINTERTHURER GEMEINDERAT

## Erneuerung der Kehrlichtverbrennungsanlage

In Winterthur stehen grosse Investitionen bei der Kehrlichtverbrennungsanlage an. Doch die Vorteile lassen sich sehen. Gewisse Fragen, wie z.B. der Transport der CO<sub>2</sub>-Abscheidung, sind noch ungelöst.



Stefan Gubler  
Stadtparlamentarier SVP  
Winterthur

Im Stadtparlament wurde am Montag die Erneuerung der Kehrlichtverbrennungsanlage Linie 2 mit einer Investition von 293 Millionen CHF debattiert und ihr mit 50 zu 4 Stimmen zugestimmt, sodass die Vorlage im September zur Abstimmung vors Volk kommt.

### Investitionen in verschiedenen Bereichen

Sie ist die grösste Investition in Winterthur, aber es geht ja nicht nur um die Verbrennungslinie 2, sondern auch um andere Erneuerungen, welche die gesamte Kehrlichtverbrennungsanlage betreffen. So zum Beispiel der Ersatz der Rauchgaswäsche mit 40 Millionen, Ersatz der Abwasserbehandlungsanlage mit 16 Millionen, Neubau Äschesilo mit 4 Millionen, Neubau Heisswasserspeicher für die Fernwärme mit 8,5 Millionen und viele kleinere Projekte wie Photovoltaikanlagen und Fassadenbegrünung, die meistgebrauchten Wörter der letzten Zeit. Die Verbrennungslinie 2 ist vor dem Ende ihrer Lebensdauer. Sie wurde 1993 gebaut. Es gibt also zwei Möglichkeiten: Man ersetzt sie und hat eine einmalige Investition oder man lässt sie weiterlaufen und muss mit teuren Reparaturen rechnen

und langen Stillstandzeiten, da Ersatzteile nicht einfach so vorhanden sind, die Firmen, welche diese Verbrennungslinie gebaut haben, wie z. B. Sulzer, gibt es in dieser Form nicht mehr.

### Markante Verbesserungen

Die Neuerungen bewirken eine Senkung der Stickoxide (Nox) um 37% und Einsparungen von 12,6 m<sup>3</sup> Frischwasser/h. Weitere Vorteile: Man spart Betriebsmittel z.B. in Form von Ammoniak, Rückgewinnung von Gips (bis 7,5 t/d), Leistungssteigerung von 50 MW auf 65 MW. Auch die Netto-Emissionen werden um 75% gesenkt.

### CO<sub>2</sub>-Abscheidung

Ein grosses Thema war die Verwendung der CO<sub>2</sub>-Abscheidung aus der Kehrlichtverbrennungsanlage, aber dieses Thema ist noch wie Kaffeesatzlesen. Es gibt weltweit erst 2 Anlagen, welche dies zurzeit testen und es gibt noch keine konkreten Lösungen. Probleme sind: Wie wird es ausgeschieden, wie gelagert und wie transportiert und wie wird es endgelagert?

### Hürden beim Transport

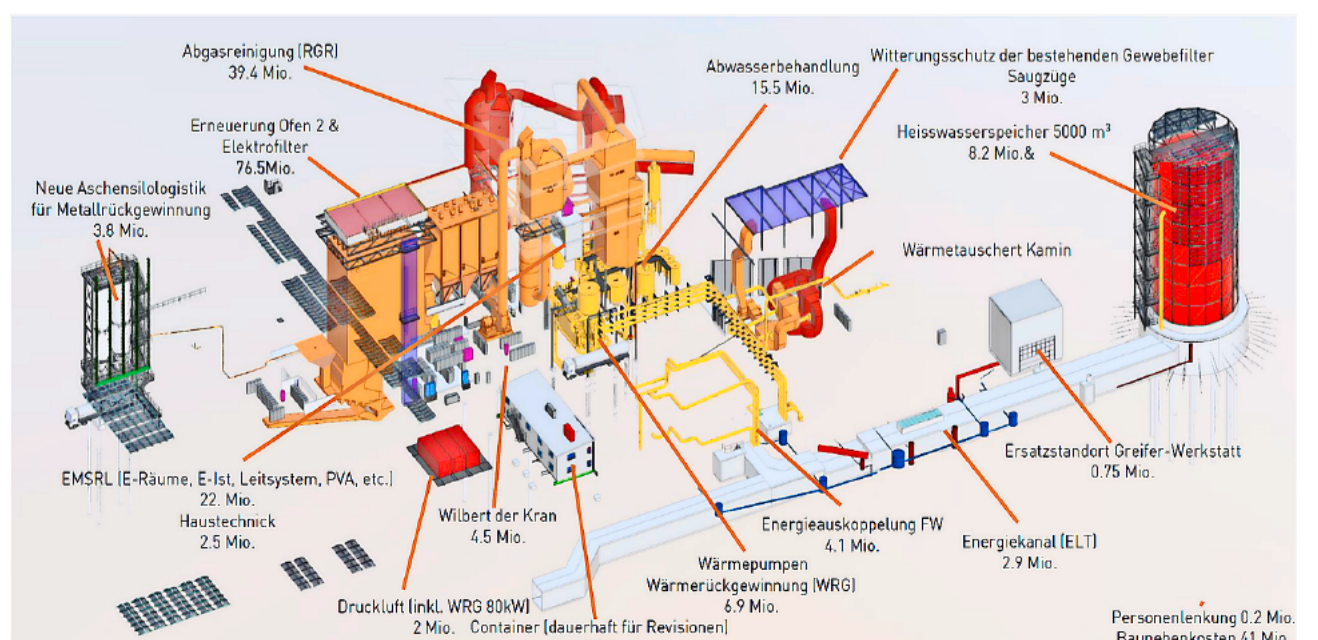
Im Fall von Winterthur sind dies 200 000 Tonnen CO<sub>2</sub> im Jahr, das wären über 25 Lastwagentransporte pro Tag! Und das

nur in Winterthur. Aber wir haben schweizweit mehrere Verbrennungsanlagen.

Man könnte es auch mit der Bahn transportieren oder teure Pipelines verlegen, wohl nach Basel und von da mit Schiffen weitertransportieren. Das Sinnvollste wäre, es in Brauereien zu liefern, aber so viel Bier wird wohl nicht gebraut.

### Hier muss auf einen Entscheid und Vorgaben vom Bund gewartet werden.

Was in Winterthur zurzeit geprüft und vorangetrieben wird, ist die Sicherung der Landreserven neben der Verbrennungsanlage, um eine solche Carbon Capture and Storage (CCS) zu bauen.



Bei der Kehrlichtverbrennungsanlage stehen teure Erneuerungen an.

Bild: Stadtwerke Winterthur

MEIN STANDPUNKT

## Was wäre, wenn ...?

Der Politik kommt zunehmend die Fähigkeit abhanden, aus Fehlern zu lernen. Stattdessen werden Fehlentscheidungen zum Prinzip erhoben und unendliche Male wiederholt.



Wie würde die Schweiz aussehen, wenn in den letzten Jahren keine Masseneinwanderung stattgefunden hätte?

Bild: Adobe Stock



**Paul von Euw**  
Bezirkspräsident  
Kantonsrat SVP  
Bauma

Eine Frage, die wir uns wohl immer wieder stellen: Was wäre geschehen, wenn ich dies oder jenes nicht oder anders gemacht hätte. Im Nachhinein kann diese Frage meist nur hypothetisch beantwortet werden. Oft können die Auswirkungen, basierend auf unserer Entscheidung, aber abgeschätzt und mit den Folgen anderer möglicher Entscheidungen verglichen werden. Aus einer solchen Analyse für die Zukunft Lehren zu ziehen, wäre eine logische Konsequenz. Der Volksmund bringt es da auf den Punkt: «Aus Schaden wird man klug.» Diese Fähigkeit ist in der Welt der Politik leider fast nur Ausnahme geworden. Auch Entscheide, die offensichtlich falsch waren und die Erwartungen und Versprechen bei Weitem nicht erfüllt haben, werden nicht korrigiert. Im Gegenteil, sie dienen für die künftigen Entwicklungen als Fundament für weitere Fehlentscheide. Oder angelehnt an Friedrich Schiller: «Es ist der Fluch der bösen Tat, dass sie fortwährend Neues muss gebären.»

### Beispiel Zuwanderung

Nehmen wir die Zuwanderung in unser Land. Da gibt es die Personenfreizügigkeit mit der EU im Rahmen der bilateralen Verträge – die Prognosen des Bun-

desrates von 2002 sprachen von 8000 Personen pro Jahr. Wir wissen, sie werden ständig um das Mehrfache überschritten! Die Volksinitiative der SVP zur Massenzuwanderung wurde vom Volk als Antwort darauf angenommen, aber vom Parlament nicht umgesetzt! Das Schengen-Dublin-Abkommen bewirkt im Asylbereich kaum etwas! Kurz: Die Sogwirkung der Schweiz ist ungebrochen, die Schweiz ist längst zum eigentlichen Einwanderungsland geworden und die Zuwanderung erfolgt je länger, desto mehr nicht in den Arbeitsmarkt, sondern in den Sozialstaat. Haben wir daraus etwas gelernt? Sind wir aus Schaden klug geworden?

### Was wäre, wenn ...?

Liebe Leserinnen, liebe Leser, was wäre, wenn die Zuwanderung nicht in diesem Masse stattgefunden hätte? Was wäre, wenn im Jahre 2023 nicht wieder netto 100000 Personen in die Schweiz eingewandert wären? Was wäre, wenn in den vergangenen 15 Jahren die Bevölkerung nicht um 1,2 Millionen (+18%) zugenommen hätte? Was würde das bedeuten für die Stromversorgungssicherheit, für die Wohnungsknappheit, für die steigenden Mieten, für die verstopften Strassen, den überlasteten Schienenverkehr, für die Probleme an unseren Schulen, für die zunehmende Gewalt und ihre Brutalität, für die Biodiversität? Und letztlich für unsere Lebensqualität? Haben all diese Sorgen und Nöte der Bevölkerung wirklich nichts mit der Zuwanderung zu tun, wie man es uns weismachen will?

### Ressourcenverschleiss

Lassen wir einige Zahlen sprechen: Die zugewanderten Personen verbrauchen jährlich ca. 8000 GWh Strom. Zum Vergleich: die 120 Windkraftanlagen, welche Regierungsrat Neukom plant, decken jährlich maximal 700 GWh, also nur gerade gut 8% des Mehrverbrauchs. Die 1,2 Millionen Zugewanderten brauchen gegen 550000 Wohnungen, immer knapperes und teureres Bauland. Wohnungsnot und hohe Mieten lassen grüssen.

Darunter leidet die Biodiversität: Pro Sekunde werden in der Schweiz ca. 1,1 Quadratmeter Land überbaut. Die in die Schweiz eingewanderten Personen benötigen rund 5000 Spitalbetten, 5400 Ärzte, 8000 Lehrpersonen, Polizisten, Gefängnisse usw. Das Fachkräfteproblem hängt mit diesen Zahlen zusammen, der Fachkräftemix der Zugewanderten ist bekanntlich alles andere als ausgeglichen.

### «Fluch der bösen Tat» brechen

Was wäre, wenn das Bevölkerungswachstum kleiner wäre, so wie das in den Abstimmungen versprochen wurde? Auch wenn es positive Punkte gibt, stellt sich die Frage, was wäre, wenn wir den Mut hätten, aus diesen Fehlern zu lernen?

Auch wenn wir uns kaum getrauen, offen über die Probleme zu sprechen, ist es an der Zeit, diesen «Fluch der bösen Tat» zu brechen und die Zuwanderung im Interesse unserer Kinder und unseres Landes wieder selbst in die Hand zu nehmen.

LESERBRIEF

## Schämt Euch!

In den nächsten Tagen werde ich 80 Jahre alt. Am Sonntag, 3. März, war ich von der Generation 50-Plus masslos enttäuscht. An der DV der SVP ZH wehrte ich mich engagiert gegen dieses nun eingetretene Verdikt gegen die Jungen. Es half: Eine grosse Mehrheit der Delegierten entschied sich trotz vieler Ja-Voten für eine grossmehrheitliche Nein-Parole für die 13. AHV-Rente. Heute frage ich mich: Haben so viele gelogen bei dieser Abstimmung damals?

Ich teile Eure Meinung, dass unsere Politik in Bern für alles Geld hat, dass dem Politiker Eigenlob für sich als so gutem Menschen wohl tut: von Bestechungsgeldern an die EU über unbeschränkte Beiträge für falsche Asylanten, für Entwicklungshilfe und Subventionen für alle möglichen Trittbrettfahrer bis zu unberechtigten Vergünstigungen im Kultur- und Sozialbereich mit Geldern unserer von der aktiven Bevölke-

rung erarbeiteten Leistungen. Davon haben nun die Schweizer die Nase voll.

Wieso sollen wir Rentner in Hallenbädern, Museen, Konzerten, Kulturveranstaltungen nur ermässigte Preise zahlen? Wieso sollen wirtschaftliche Fehlleistungen unserer Eliten, z.B. bei der CS mit Milliarden von Staatsgarantien, belohnt werden? Seid endlich gescheit genug, Ihr Parlamentarier in Bern, um bei der AHV die Lebensarbeitszeit als einzige faire Bemessungsgrundlage zum Masstab für unsere Altersvorsorge zu legiferieren. Ich hoffe immer noch, dass wir in einer wohlhabenden und freien Schweiz miteinander weiterleben können. Zur Erinnerung das Zitat von Kennedy: Frage nicht, was der Staat für Dich tun soll, sondern frage Dich, was Du für den Staat tun kannst!

Willy Haderer, alt Kantonsrat SVP, Unterengstringen

MEDIENMITTEILUNG DER SVP STADT ZÜRICH VOM 3. MÄRZ 2024

## Dank der SVP erhalten Stadträte zukünftig weniger Abgangsentschädigungen

**Erfolg für die SVP: Die Stimmbevölkerung der Stadt Zürich nimmt die Volksinitiative «Keine goldenen Fallschirme» und den Gegenvorschlag an. Bei der Stichfrage setzt sich der Gegenvorschlag durch. Die Abgangsentschädigungen für Stadträte werden nun zusätzlich reguliert. Die SVP wird bei der Beratung der Personalrecht-Verordnung im Gemeinderat darauf pochen, dass die restlichen Behördenmitglieder nicht durch ein Hintertürchen weiterhin Steuergelder abzocken können.**

In den letzten 15 Jahren sind 7,1 Millionen Steuerfranken an ehemalige Behördenmitglieder geflossen. Im Sommer 2021 verabschiedete sich zum Beispiel Schulpräsident Roberto Rodriguez (SP) mit 650000 Franken Abgangsentschädigung freiwillig aus dem Schulpräsidentenam im Schulkreis Uto. Mit der Volksinitiative «Keine goldenen Fallschirme» wollte die SVP diese Abzockerzahlungen zulasten der Steuerzahler für alle Behördenmitglieder rigoros unterbinden. Bei der Stichfrage hat sich der abgeschwächte Gegenvorschlag durchgesetzt.

Dieser spielt vor, dass die Abgangsentschädigungen nur auf die Mitglieder des Stadtrats begrenzt werden. Die

anderen Behördenmitglieder (Datenschutzbeauftragte, Ombudsmann, Stadtmann, Friedensrichter und die Schulpräsidenten) werden zwar nun aus der Verordnung für Abgangsentschädigungen entfernt, um diese dann anschliessend in die Verordnung des Personalrechts zu überführen. Der Volksauftrag ist nach dem doppelten Volksmehr jedoch klar: Die Bevölkerung will keine Abgangsentschädigungen für Behördenmitglieder.

«Wir werden bei der Ausarbeitung der Personalrecht-Verordnung im Gemeinderat ganz genau hinschauen und halten uns alle Optionen wie ein Referendum offen», zeigt sich Stadtparteipräsidentin Camille Lothe kämpferisch.



Grosser Erfolg: Die Zürcher Stimmbürger möchten keine goldenen Fallschirme für Behördenmitglieder. Bild: Bing Bildgenerator

Regeln Sie Ihren Nachlass rechtzeitig:

**Bleiben Sie in guter Erinnerung!**

Die SVP des Kantons Zürich setzt sich für Freiheit, Demokratie und die Unabhängigkeit unserer Schweiz ein. Damit wir dies auch in Zukunft bei Wahlen, Abstimmungen oder mit anderen politischen Aktivitäten machen können, sind wir auf finanzielle Unterstützung angewiesen.

Helfen Sie uns dabei. Berücksichtigen Sie uns in Ihrem Nachlass, damit unser Land und Ihre Nachfahren auch in Zukunft in Freiheit und Unabhängigkeit leben können. Wirken Sie so über Ihr Leben hinaus.

Wir beraten Sie gerne bei der Planung eines Engagements für die SVP und danken Ihnen für Ihre Unterstützung.

Geschäftsstelle | Lagerstrasse 14 | 8600 Dübendorf | Tel. 044 217 77 66



**Sie möchten inserieren?**

**Dann melden Sie sich bei uns!**

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden sie auf der letzten Seite im Impressum.



## SVP DIGITAL



## Teleblocher

Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.



## In den Sümpfen von Bern

Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.



## Weltwoche daily

Täglicher News-Flash am Morgen von NR Roger Köppel.



## SVP des Kantons Zürich

Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!



## Wortwächsel

Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.



## Stadt Winterthur

Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

## Stadt Winterthur/Wülflingen

Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

## Stadt Zürich/Kreis 6

Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

## Stadt Zürich/Kreis 12

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Zürich.

## Junge SVP Kanton Zürich

Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website [www.jsvp-zh.ch](http://www.jsvp-zh.ch).

## SVP-VERANSTALTUNGEN

## Bezirk Bülach/Wil

Sonntag, 19. Mai 2024, 09.30 – 11.30 Uhr, Frühschoppen, Feuerwehrlokal, Dorfstrasse 35, Wil.

## Bezirk Dielsdorf

Mittwoch, 17. April 2024, 20.00 Uhr, Bezirksdelegiertenversammlung, Restaurant Löwen, Grafenschaftstrasse 2, Niederglatt.

## Bezirk Dielsdorf/Neerach

Freitag, 5. Juli 2024, bis Sonntag, 7. Juli 2024, SVP-Stand am Neeri-Fäscht, Dorfkern, Neerach.

## Bezirk Dielsdorf/Rümlang

Freitag, 26. April 2024, bis Sonntag, 28. April 2024, SVP-Stand an der Gewerbeschau Rümlang, Sportzentrum Heuel, Rümlang.

## Bezirk Dietikon/Oetwil an der Limmat

Freitag, 8. März 2024, 19.30 Uhr, Referat, Gemeindegemeinschaft, Oetwil an der Limmat, mit Nationalrat Marcel Dettling. Anschliessend Abendessen. Weitere Infos und Anmeldung unter [jennifer.fischer.svp@gmx.ch](mailto:jennifer.fischer.svp@gmx.ch).

## SVP-STAMM

## Bezirk Bülach/Bachenbülach

Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss [www.svp-bachenbuelach.ch](http://www.svp-bachenbuelach.ch).

## Bezirk Bülach/Embrach

Jeden letzten Sonntag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

## Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant La Torre, Dielsdorf.

## Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf

Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

## Bezirk Horgen/Adliswil

Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

## Bezirk Horgen/Thalwil

Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

## Bezirk Meilen/Stäfa

Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 – 22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, Seestrasse 37, Stäfa.

## Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon

Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

## Bezirk Uster/Uster

Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss [www.svp-uster.ch](http://www.svp-uster.ch).

## GLOSSAR LINKER SPRACHE

## «Lehrpersonen»

Vielfach sieht man im Umgang mit der Sprache, wessen Geistes Kind jemand ist. Derjenige, der das angeblich geschlechtsfreie Wort «Lehrperson» benützt, hat irgendwie keine Empathie mit unseren Lehrerinnen und Lehrern, die tagaus und tagein ihrem schwierigen Erziehungsauftrag nachkommen.

RW. In der NZZ bezeichnete bereits 2010 ein Leserbriefschreiber das Wort «Lehrperson» als Unwort. Dies sei eine «anonymisierte asexuelle Versachlichung einer Person», hinter der der Mensch verschwinde. Und weiter: «Eine Lehrperson unterrichtet nicht, die erstellt

Projektpläne und geht an Telefonkonferenzen.»

## Eine Entmenschlichung

Dieses neue Wortmonstrum unserer Bildungsbürokraten ist heutzutage in der Bildungsdirektion gang und gäbe. Tat-

sächlich bringt uns die Bildungsbürokratie zu einer Entmenschlichung der Schule. Das zeigt allein schon der Lehrplan 21. Man wollte den Lehrern nicht nur sagen, was sie machen, sondern wie sie es machen müssen. Die extreme Kompetenzorientierung störte einen grossen Teil der Lehrerschaft.

Genderwörterbücher – so etwas gibt es! – erklären den Begriff wie folgt: Person ist einer der wenigen «geschlechterneutralen Ausdrücke» für menschliche Wesen, ist universell verwendbar und sollte daher unter keinen Umständen gegendert werden. Es ersetze nicht nur Mann und Frau, sondern schliesse auch «diverse» Menschen ein. Gegenüber dem Wort «Mensch» habe das Wort «Person» den Vorteil, dass der Ausdruck weniger «wissenschaftlich» sei.

## Von der Weiblichkeit befreit

Heute läuft ein Elternabend in einer Schule meistens so ab. Eine Frau wird nicht etwa als neue motivierte Lehrerin vorgestellt, sondern kalt und sehr unpersönlich als Lehrperson. Sie wird quasi von ihrer Weiblichkeit befreit. Angeblich gendergerecht, aber sicher nicht menschenwürdig. Leider sind offizielle Stellungnahmen aus der Bildungsdirektion bereits so stark mit dem Unwort «Lehrperson» durchseucht, dass sich bereits SVP-Kantonsräte beim Verwenden dieses Wortes erwischt lassen. Natürlich können sie sagen und schreiben, was sie wollen. Der ständige Gebrauch des Wortes «Lehrperson» zeugt aber nicht von grossem menschlichem Verständnis für unsere Lehrerinnen und Lehrer.



Linke Sprache begegnet uns überall im Alltag.

Bild: Adobe Stock

## IMPRESSUM

## Zürcher Bauer

ISSN 1660-6701  
ISSN 2296-3480

## Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

**Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,6% MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** [www.zbv.ch/insertate](http://www.zbv.ch/insertate). **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

**Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Dr. Daniel Rickenbacher, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** [www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote](http://www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote). **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

**Interne Autoren:** DR – Daniel Rickenbacher; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Insertenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, [insertate@svp-zuerich.ch](mailto:insertate@svp-zuerich.ch). **Insertatenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** [veranstaltungen@svp-zuerich.ch](mailto:veranstaltungen@svp-zuerich.ch) **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

## Bezirk Hinwil/Rüti

Freitag, 15. März 2024, 19.30 Uhr, Generalversammlung, Ferrachstrasse 4, Rüti.

Mittwoch, 10. April 2024, 19.00 Uhr, Infoanlass zum Thema «Windräder auf dem Batzberg», Restaurant Löwen, Dorfstrasse 22, Rüti.

## Bezirk Meilen/Zollikon

Montag, 18. März 2024, 19.00 Uhr, Sessionsrapport, Kath. Kirchgemeindehaus, Gustav-Maurer-Strasse 13, Zollikon, mit Nationalrat Gregor Rutz und Kantonsrat Tobias Weidmann.

## Stadt Zürich/Kreis 11

Freitag, 24. Mai 2024, 19.00 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Vesuvio, Glattalstrasse 40, Zürich-Seebach.

Freitag, 31. Mai 2024, 18.00 Uhr, Polit-Apéro, Wirtschaft Unterdorf, Katzenseestrasse 15, Zürich-Affoltern, mit Nationalrat Thomas Aeschi.

## Stadt Zürich/Kreis 12

Samstag, 11. Mai 2024, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamedingerplatz, Zürich.

## Junge SVP Kanton Zürich

Samstag, 13. April 2024, 18.00 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Hecht, Bahnhofstrasse 26, Dübendorf.

## MOTORRAD-CLUB SVP

Donnerstag, 4. April 2024, 19.00 Uhr, 2. Stamm, Ort noch offen.

Dienstag, 7. Mai 2024, 19.00 Uhr, 3. Stamm, Ort noch offen.

## WEITERE VERANSTALTUNGEN

Montag, 25. März 2024, 20.30 Uhr, Referat «Ein Jahr Bundesrat», Landgasthaus zum Löwen, Zentralstrasse 7, Boswil AG, mit Bundesrat Albert Rösti.

Dienstag, 9. April 2024, 19.30 Uhr, Delegiertenversammlung der SVP des Kantons Zürich, Gemeindegemeinschaft, Am Rainli 4, Bonstetten.

Samstag, 28. September 2024, bis Sonntag, 29. September 2024, SVP-Schiessen 2024, Vorschüssen am Freitag, 20. September 2024, Schiessanlage Wissenbach, Mettmenstetten. Weitere Informationen und Anmeldung unter [www.schuetzenverein-mettmenstetten.ch](http://www.schuetzenverein-mettmenstetten.ch).

## MEDIENMITTEILUNG DER SVP STADT ZÜRICH VOM 3. MÄRZ 2024

## Endlich: Chaoten müssen für Schäden geradestehen

Die Zürcher Stimmbewölkerung befürwortet den Gegenvorschlag zur kantonalen Volksinitiative zur Durchsetzung von Recht und Ordnung («Anti-Chaoten-Initiative»). Die horrenden Kosten für ausserordentliche Polizeieinsätze werden künftig den Chaoten überwältigt. Zudem gilt eine generelle Bewilligungspflicht für Demonstrationen, auch in den Städten. Das überparteiliche Komitee freut sich über den Volksentscheid.

Mit der «Anti-Chaoten-Initiative» wehrt sich ein breit abgestütztes Komitee gegen den Missbrauch des Versammlungs- und Demonstrationsrechts. Es darf nicht toleriert werden, dass Chaoten und Vandalen die Rechtsordnung nach Belieben missachten und die Allgemeinheit dann für die Konsequenzen geradestehen muss. Der Handlungsbedarf wurde erkannt: Die Stimmbewölkerung hat dem Gegenvorschlag zur Initiative zugestimmt.

Auch wenn der Gegenvorschlag die Forderungen der Initiative etwas abschwächt, ist klar: Wer gegen die Rechtsordnung verstösst und mit der Teilnahme an illegalen Demonstrationen oder Kundgebungen Schäden verursacht, soll für die Kosten geradestehen, insbesondere auch für die enormen Kosten aus-

serordentlicher Polizeieinsätze. Die letzten Jahre zeigten: Es gibt immer mehr Demonstrationen, Sachbeschädigungen und Ausschreitungen. Gleichzeitig nahmen die Kosten für die Polizeieinsätze massiv zu. Es ist höchste Zeit, dass diese Kosten endlich den Verursachern verrechnet werden. Kantons- und Regierungsrat haben nun die Aufgabe, möglichst rasch einen Gesetzestext zu entwerfen, um die genannten Grundsätze verbindlich umzusetzen.

Für die Initiative kämpfte ein breit abgestütztes Komitee mit Vertretern aus SVP, JSVP, FDP und Jungfreisinnigen. Auch der kantonale und der städtische Gewerbeverband, der HEV Zürich, der HEV Winterthur und das Team Freiheit unterstützten die Anti-Chaoten-Initiative.



Chaoten am 1. Mai: Sie sollen zukünftig zur Kasse gebeten werden.

Bild: ZVG